

worden, daß der betreffende Marktbezieher die Loose auf Pappe geklebt hatte, um das wiederholte Benutzen derselben zu erleichtern. In Anlaß dieses Falles sind die Steuerbehörden angewiesen worden, die in Rede stehenden Auspielungen einer verschärften Kontrolle zu unterziehen und dieserhalb ihre Organe mit der erforderlichen Instruktion zu versehen.

Gerichtliche Erkenntnisse.

Erkenntniß des dritten Straffenatz des Reichsgerichts vom 2. Juli 1885.

(Stempelpflicht der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen. — Einfluß der Strafbefehle der Verwaltungsbehörden auf die gerichtlichen Entscheidungen. — Verjährungsfrist für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz, betr. die Reichs-Stempelabgaben vom 1. Juli 1881.)

Im Namen des Reichs!

In der Strafsache wider den Eichamt-Dirigenten R., den Haushofmeister F., den Kaufmann M., den Kaufmann J., den Hoflieferanten S., den Rentier S. und den Rechtsanwalt G., sämmtlich zu R.,

wegen Zuwiderhandlung gegen das Reichsstempelabgabengesetz vom 1. Juli 1881,

hat das Reichsgericht, dritter Straffenatz, in der öffentlichen Sitzung am 2. Juli 1885, an welcher Theil genommen haben:

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

daß die Revision des Angeklagten Kaufmann M. gegen das Urtheil der zweiten Strafkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu N. vom 28. März 1885 zu verwerfen und dem Beschwerdeführer die Kosten des Rechtsmittels aufzuerlegen.

Von Rechts Wegen.

Gründe.

Die Revision entbehrt der Begründung. Die erste Revisionsbeschwerde bestreitet die Stempelpflichtigkeit der in Frage befangenen Schuldverschreibungen, wie solche in dem Instanzurtheile auf Grund von §. 3 des Gesetzes, die Erhebung von Reichsstempelabgaben betreffend, vom 1. Juli 1881 in Verbindung mit Nr. 1 2a des zu demselben gehörigen Tarifs angenommen worden ist. Das angefochtene Urtheil steht hierbei allenthalben auf dem Boden des in vorliegender Sache ergangenen Urtheils des Reichsgerichts vom 22. Januar 1885. Soweit die Revision sich damit befaßt, die persönliche Ueberzeugung der Angeklagten von der Nichtanwendbarkeit des Stempelgesetzes auf die in Rede stehenden Schuldverschreibungen zu betonen und die Einwendungen zu wiederholen, welche von den Angeklagten bereits früher gegen deren Eigenschaft als für den Handelsverkehr bestimmter Schuldverschreibungen erhoben worden waren, so genügt der einfache Hinweis auf die Ausführungen des reichsgerichtlichen Urtheils. Insofern neuerdings ein besonderes Gewicht von der Revision darauf gelegt werden will, daß die fraglichen Werthpapiere ihrer Beschaffenheit nach nicht geeignet seien, von der Vorschauanstalt als der Emittentin durch Kauf erworben zu werden, ohne daß sie dadurch aufhörten, Träger eines Vermögensobjects zu sein, so besteht in dieser Beziehung nach den getroffenen Feststellungen ein Unterschied zwischen den hier fraglichen Schuldscheinen und anderen, ein Summenversprechen des Emittenten enthaltenden, auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen nicht. Es ist namentlich ein rechtliches Hinderniß dagegen, daß die Anstalt die Papiere durch Kauf an sich bringe und sodann wieder begeben, aus dem Inhalte der Papiere schlechthin nicht zu entnehmen. Für die Eigenschaft derselben als Inhaberpapiere und der dadurch bedingten Qualität als für den Handelsverkehr bestimmter Schuldverschreibungen im Sinne von Nr. 1 2a des Tarifs erscheint es aber überhaupt nicht von Bedeutung, in welcher Weise der Emittent als der Schuldner, nach deren Einlösung damit verfare, sondern entscheidend ist hiefür die durch die Stellung auf jeden Inhaber be-

dingte, von dem Gebahren mit den Papieren nach erfolgter Einlösung völlig unberührte Negotiabilität in der Hand des ersten und der etwa folgenden weiteren Erwerber. Eine weitere, völlig haltlose Annahme der Revision ist es ferner, die Qualität als Handelspapiere im Sinne des Tarifs sei dadurch bedingt, daß der Rechtsgrund des Erwerbs für den ersten Nehmer in einem Kaufe, den er mit dem Emittenten schließe, bestehe. Sodann erscheint es für die durch ihren Inhalt begründete Eigenschaft der Schuldverschreibungen als Inhaberpapiere und für die hierauf beruhende Stempelpflichtigkeit gleichgültig, ob die Erfüllung der Pflicht zur Entrichtung der gesetzlichen Abgabe deshalb, weil die in §. 2 des Gesetzes bezeichnete zuständige Steuerstelle nicht am Orte der Vorschauanstalt ihren Sitz hat, oder aus irgend einem anderen Grunde mit Schwierigkeit verbunden ist. Von einer rechtlichen oder thatsächlichen Unmöglichkeit, die zu emittirenden Schuldverschreibungen nach erfolgter Ausfüllung und Vollziehung der zuständigen Steuerbehörde zur Versteimpe- lung vorzulegen, und von einem aus solcher Unmöglichkeit etwa abzuleitenden Argumente gegen die Anwendbarkeit des Gesetzes auf den vorliegenden Fall ist nach den getroffenen Feststellungen keine Rede. Verschreitet aber die Vorschauanstalt zu der Ausgabe von Schuldverschreibungen, welche auf den Inhaber lauten und in Folge der dadurch begründeten Eigenschaft als Handelspapiere im Sinne des Tarifs der Stempelpflichtigkeit unterliegen, dann ist es ihre Sache, Einrichtungen zu treffen oder herbeizuführen, welche sie zur Erfüllung dieser Pflicht in den Stand setzt.

Die zweite Beschwerde ist darauf gestützt, daß der von der Verwaltungsbehörde erlassene Strafbefcheid an gewissen, näher bezeichneten formellen Mängeln leide. Ob letzteres thatsächlich der Fall sei, kann unerörtert bleiben, da etwaige, in dem vorausgegangenen Verwaltungsverfahren vorgekommene Verstöße gegen die einschlagenden Formvorschriften keinesfalls zur Aufhebung des jetzt angefochtenen landgerichtlichen Urtheils führen würden. Wenn die Revision ausführt, der Strafbefcheid der Verwaltungsbehörde vertrete bei dem nachfolgenden gerichtlichen Verfahren die Anklageschrift, so steht dies im Einklange mit den Motiven zu §. 388 des Entwurfs der Strafprozeßordnung (Hahn's Materialien Band III, Seite 290) welche die — dermalen in §. 462 des Gesetzes enthaltene — Vorschrift, daß nach gestelltem Antrage auf gerichtliche Entscheidung zur Hauptverhandlung vor dem zuständigen Gerichte ohne vorgängige Einreichung einer Anklageschrift und Entscheidung über Eröffnung des Hauptverfahrens zu schreiten sei, damit begründen, „daß der die Untersuchung eröffnende Beschluß hier bedeutungslos sein würde, während die Anklageschrift durch den Strafbefcheid der Verwaltungsbehörde ersetzt werde.“ Das in dem gemäß §. 462 der Strafprozeßordnung eingeleiteten Verfahren ergangene Urtheil beruht aber ebenso wenig auf dem Strafbefehde wie ein sonstiges, im gewöhnlichen Verfahren erlassenes landgerichtliches Urtheil auf der Anklageschrift, und so wenig der Umstand, daß letztere den Vorschriften des §. 198 der Strafprozeßordnung nicht entspricht, den Rechtsbestand des Urtheils zu afficiren vermag, so wenig ist dies der Fall hinsichtlich der Mängel eines Strafbefehdes, oder des sonstigen, im Verwaltungswege abgeleiteten Strafverfahrens. Mit dem Antrage auf gerichtliche Entscheidung und mit der Einleitung des gerichtlichen Verfahrens ist vielmehr der Strafbefcheid als solcher völlig beseitigt. Das Gericht ist mit der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Straftat im vollen Anfange, und ohne irgendwie durch den Strafbefcheid gebunden zu sein, befaßt. Namentlich ist auch dem Gerichte in dem in den §. 459 fg. der Strafprozeßordnung vorgezeichneten Verfahren in keiner Weise die Stellung einer der Verwaltungsbehörde vorgeseh- ten Instanz zugewiesen; dasselbe ist deshalb verfassungsmäßig auch nicht in der Lage, den Strafbefcheid wegen vorgekommener Mängel des vor der Verwaltungsbehörde stattgefundenen Verfahrens aufzuheben und die Sache an diese Behörde zur rücküberweisung. Aus alledem folgt aber zugleich, daß auch für die von dem Revisionsgerichte zu ertheilende Entscheidung